AK Rohstoffe: Ausbau erneuerbarer Energien und Rohstoffwende sind kein Widerspruch

Seit vielen Jahren setzen wir uns als AK Rohstoffe für eine Rohstoffwende ein. Die zwei zentralen rohstoffpolitischen Anforderungen an die Bundesregierung sind, dass Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards bei der Rohstoffgewinnung verpflichtet werden und der absolute Verbrauch von Primärmetallen in Deutschland reduziert wird. Letzteres Ziel steht nur vermeintlich im Widerspruch zum Rohstoffbedarf, der für den Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig ist.[1] Dieser Ausbau ist zwingend erforderlich, um den notwendigen Ausstieg aus der Nutzung von fossilen Rohstoffen und der Bekämpfung der Klimakrise zu gewährleisten.

Im folgenden Kurzpapier zeigen wir auf, warum sowohl der Ausbau der erneuerbaren Energien als auch die Reduktion des Primärverbrauchs von Metallen nicht im Widerspruch zueinanderstehen. Beides ist möglich und zwingend notwendig für die Einhaltung der Klimaziele.

Warum reduzieren?

Aktuelle Studien verweisen darauf, dass der Bergbau und die notwendige Weiterverarbeitung der Primärmetalle zu einem bedeutsamen Anteil zur Klimakrise beitragen. So sind der Bergbau und die Weiterverarbeitung von Primärrohstoffen für mehr als zehn Prozent der globalen CO_2-Emissionen verantwortlich. Gleichzeitig trägt der Bergbau zu mindestens sieben Prozent der Abholzung von Wäldern bei. Studien machen deutlich, dass der Primärrohstoffabbau reduziert sowie die Kreislaufwirtschaft massiv ausgebaut werden müssen, um den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius zu begrenzen.

Zugleich ist sehr umfangreich dokumentiert, dass der Bergbau weltweit zu Menschenrechtsverletzungen und massiver Umweltzerstörung beiträgt. Seien es gerodete Wälder, vergiftete Flüsse, der hohe Wasser- und Energieverbrauch, die Zerstörung von Meeresbuchten oder die vielen Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Morden an Aktivist*innen oder Journalist*innen. Eine Reduktion des absoluten Verbrauchs von Primärrohstoffen ist wesentlich, um das Ausmaß an schweren Umweltkatastrophen und Menschenrechtsverletzungen zu reduzieren.

Erneuerbare Energien und ihr vermeintlicher „Rohstoffhunger“

In nahezu allen rohstoffpolitischen Strategien der Europäischen Kommission, der Bundesregierung oder der Weltbank wird darauf verwiesen, dass Technologien zur Eindämmung der Klimakrise, darunter der Ausbau der erneuerbaren Energien, vermehrt metallische Rohstoffe benötigten.

Dabei bleibt oft unerwähnt, dass sich der Primärbergbau allein in den letzten 20 Jahren auch ohne massiven Ausbau der erneuerbaren Energien verdreifacht hat. Selbstverständlich benötigen auch moderne Windkraft- oder Photovoltaik-Anlagen gewisse Mengen an Metallen. Gleichzeitig werden für den Ausbau erneuerbarer Energien weitaus weniger metallische Rohstoffe gebraucht als beispielsweise für die Individual-Automobilität oder den Bausektor. Das heißt, die Ausbauziele für erneuerbare Energien können durch ambitionierte Reduktionsziele für Primärmetalle in anderen Sektoren, wie zum Beispiel im Mobilitäts- und Bausektor, aufgewogen werden.

[1] Mit erneuerbaren Energien beziehen wir uns in diesem Papier vor allem Photovoltaik- und Windkraftanlagen.

Energiewende und Rohstoffwende zusammendenken und Kreislaufwirtschaft umsetzen

Ohne eine politisch eingeleitete Rohstoffwende drohen disruptive Effekte. Sowohl die sozialen Proteste gegen Bergbau als auch die ökologischen, sozialen und klimatischen Auswirkungen der Primärrohstoffgewinnung haben in den letzten Jahren zugenommen. Schon heute protestieren lokale Bevölkerungen und soziale Bewegungen in Lateinamerika und Europa gegen den steigenden europäischen Rohstoffverbrauch, den sie mit dem Ausbau „grüner Technologien“ in Verbindung bringen, und von dem sie durch den Bergbau betroffen sind.

Daher ist es wichtig, dass soziale Bewegungen, Umwelt-, Klima- und Entwicklungsorganisationen, Gewerkschaften, Politik und Medien in Deutschland die Energiewende und die Rohstoffwende zusammen denken. Metallische Rohstoffe können – wenn das Produktdesign es ermöglicht – weitgehend kreislauffähig genutzt werden. Das passiert aber bisher aufgrund fehlender regulatorischer Designvorgaben zu wenig, würde jedoch den Energie- und Rohstoffaufwand deutlich reduzieren. Krisenanfällige Lieferketten würden dadurch ebenfalls nachhaltiger und sicherer ausgestaltet. Einige Unternehmen im Sektor der erneuerbaren Energien haben dies erkannt und knüpfen daran bereits an.

Politische Empfehlungen

Die deutsche Bundesregierung sollte verbindliche und absolute Ziele festlegen, um grundsätzlich den Rohstoffverbrauch zu senken. Damit würde sie einen wirksamen Beitrag zur Eindämmung der gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen im Zusammenhang mit dem Abbau von metallischen Rohstoffen leisten und zum Erreichen der Klimaziele beitragen. Hinsichtlich der Inanspruchnahme metallischer Primärrohstoffe sollte die Bundesregierung Reduktionsquoten festlegen, die an die Bewertungen des Umweltbundesamts angelehnt sind: 30 Prozent bis 2030, 50 Prozent bis 2040 und 70 Prozent bis 2050 im Vergleich zu 2010.

Die Bundesregierung sollte für eine konsequente Umsetzung der Abfallhierarchie einstehen und eine Kreislaufwirtschaft umsetzen, die Vermeidung, Länger- und Mehrfachnutzung, Suffizienz, Produktpolitik und nachhaltige Lebensstile deutlich stärker in den Fokus rückt. Hierzu sollte die Bundesregierung ihre Einzelstrategien wie die Rohstoffstrategie und die Programme zur Abfallvermeidung, für nachhaltigen Konsum und Ressourceneffizienz kohärent zusammenführen. Unternehmen, die die Kreislaufwirtschaft ausbauen, sollten gegenüber Unternehmen, die das nicht tun, bevorteilt werden.

Die Bundesregierung sollte sich für sanktionsbewehrte umfassende menschenrechtliche, klima- und umweltbezogene Sorgfaltspflichten von Unternehmen entlang ihrer gesamten Lieferketten einsetzen. Ziel muss es sein, dass sich Rohstoffe, bei deren Abbau Menschenrechtsverletzungen und massive Umweltzerstörung verursacht werden, nicht mehr in unseren Produkten befinden. Der entschiedene Einsatz der Bundesregierung für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz wäre ein erster wichtiger Schritt, um dieses Ziel zu erreichen.

Impressum

Dieses Kurzpapier ist eine gemeinsame Arbeit von Personen aus dem Netzwerk AK Rohstoffe. Stand (und letzte Überprüfung der Links): 24. Januar 2023
Verantwortlich: Michael Reckordt (PowerShift).

AK Rohstoffe
c/o PowerShift e.V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Unterstützt von folgenden Organisationen aus dem AK Rohstoffe: